Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 57 (1977-1978)
Heft: 4

Artikel: Der "Eurokommunismus" in Mehrzahl
Autor: Timmermann, Heinz
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-163316

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

HEINZ TIMMERMANN

Der «Eurokommunismus» in Mehrzahl

1. Das Problem: Taktik oder Strategie?

Eines der zentralen politischen Themen in Ost und West bildet gegenwärtig die Entwicklung bei den grossen kommunistischen Parteien Westeuropas und die Perspektive eines wachsenden Einflusses dieser Parteien auf die nationale und internationale Politik. In den Augen der meisten *westlichen* Politiker ist dieser Wandel überwiegend taktisch motiviert und daher geeignet, die westliche Demokratie zu gefährden, die Abwehrkraft des westlichen Bündnisses zu schwächen und das politisch-militärische Gleichgewicht zugunsten Moskaus zu stören. Die Parteiführungen *Osteuropas* dagegen fürchten umgekehrt, dass sich in den neuen Konzeptionen der Eurokommunisten ein prinzipieller Wandel ausdrückt – ein Wandel, der mit dem Aufbau eines demokratischen Sozialismus auf den «realen Sozialismus» zurückwirkt und damit die Legitimitätsgrundlage der herrschenden osteuropäischen Parteieliten gefährdet. Die Diskussion über den Eurokommunismus kreiste daher um die Frage: Handelt es sich bei ihrem Wandel um ein geschickt eingefädeltes *taktisches Manöver* zur Eroberung der Macht oder haben wir es mit einer *langfristigen Strategie* zum Aufbau eines demokratischen Sozialismus zu tun?

Die Geschichte dieser Parteien spricht für die erste, einige ihrer jüngeren und jüngsten Schritte eher für die zweite Version. Noch ist es nicht möglich, eine definitive Antwort auf diese Frage zu geben, zumal sich die betreffenden Parteien hinsichtlich des Charakters und des Ausmasses ihres Wandels stark voneinander unterscheiden. Auch die Konferenz der kommunistischen Parteien Europas von Ostberlin (29./30. Juni 1976) hat keine endgültige Klarheit geschaffen, so deutlich sie auch gezeigt hat, dass sich die Gegensätze zwischen dem Sowjetkommunismus auf der einen und dem Eurokommunismus auf der anderen Seite immer schärfer zuspitzen. Immerhin lässt sich soviel sagen: So wenig Zweifel daran bestehen, dass der Reformkurs der Eurokommunisten und deren wachsende Distanzierung vom Sowjetkommunismus in erheblichem Masse von taktischen Überlegungen mitbestimmt und an die Adresse des eigenen Landes gerichtet sind, so gewiss ist doch auch, dass der Wandel zumindest bei der KPI, die diesen

Kurs schon über zwei Jahrzehnte kontinuierlich fährt, eine Eigendynamik gewonnen hat, die strategische Dimensionen aufweist.

Im folgenden sollen Veränderungen der Einflusszonen der Parteien des Eurokommunismus auf nationaler Ebene geschildert sowie Verschiebungen im Kräfteverhältnis innerhalb der gesamten Linken analysiert werden. Anschliessend soll das Schlagwort vom Eurokommunismus kritisch beleuchtet werden. Einen dritten Schwerpunkt bildet die Frage nach dem Einfluss der Eurokommunisten auf die internationalen Beziehungen und die entsprechenden Reaktionen in Ost und West.

2. Kräfteverhältnis auf nationaler Ebene

Insgesamt hat der Einfluss der Eurokommunisten auf nationaler Ebene weiter zugenommen. Dabei muss man jedoch zwischen der KPI auf der einen sowie der KPF und der KPSp auf der anderen Seite unterscheiden: Während die italienischen Kommunisten ihren Machtzuwachs vor allem einer Stärkung ihrer *eigenen Partei* verdanken, ist die erhöhte nationale Bedeutung der französischen und spanischen Kommunisten eher auf ein Anwachsen der *Linken insgesamt* zurückzuführen.

Was die *KPI* angeht, so hatte sie ihren Stimmenanteil bereits bei den kombinierten Kommunal-, Provinzial- und Regionalwahlen vom Juni 1975 von 27,9 Prozent um 5,5 Punkte auf 33,4 Prozent steigern können. Als die vorgezogenen Parlamentswahlen vom Juni 1976 dieses Ergebnis bestätigten und die KPI ihre Position gegenüber den Wahlen ein Jahr zuvor sogar noch um einen Punkt auf 34,4 Prozent ausbauen konnte, war endgültig klar, dass sich im politischen und sozialen Bereich das Kräfteverhältnis zwischen Christdemokraten und Kommunisten – den beiden entscheidenden Kraftzentren des Landes – stark zugunsten der KPI vorschoben hatte. Während die Christdemokraten immer mehr Abstriche an ihrer 30 Jahre lang unangefochtenen Hegemonie machen mussten, ist es der KPI gelungen, ihre «strategische Unterlegenheit» zu überwinden und über ihre traditionelle Gefolgschaft unter der Industriearbeiterschaft des Nordens sowie unter den Genossenschaftsbauern Nordmittelitaliens hinaus jetzt auch bei gesamtnationalen Wahlen tiefe Einbrüche im urbanen Bildungs- und Dienstleistungsbereich, unter der wissenschaftlich-technischen Intelligenz und sogar unter kleinen und mittleren Unternehmern zu erzielen. Die meisten Grossstädte (darunter seit dem Juni 1976 auch die Hauptstadt Rom) sowie einige der wichtigsten Regionen stehen unter der Kontrolle der KP.

Auch im Regierungsbereich hat die KPI längst Fuss gefasst. Bereits vor den Wahlen vom Juni 1976 pflegten die Christdemokraten unter der Hand

wichtige Gesetzesvorhaben mit den Kommunisten abzusprechen, so dass diese im Parlamentsplenum über 80 Prozent, in den Ausschüssen sogar über 90 Prozent der verabschiedeten Gesetze zustimmten. Inzwischen ist dieser Einfluss noch weiter gestiegen.

Zum einen übernahmen Kommunisten wichtige Parlamentsfunktionen: KPI-Vorstandsmitglied Ingrao wurde Kammerpräsident, und einige Parlamentsausschüsse werden erstmals von Kommunisten geleitet. Zum anderen aber – und das wird von der KPI-Führung als der eigentliche Durchbruch angesehen – fiel der «antikommunistische Vorbehalt» (pregiudiziale anticomunista), jene Klausel früherer Koalitionsabkommen also, die den Koalitionspartnern die unautorisierte Zusammenarbeit mit den Kommunisten untersagte und diese damit seit Ausbruch des kalten Krieges im politischen Abseits zu halten suchte. Erstmals baten jetzt die Christdemokraten um die Unterstützung aller «Verfassungsparteien», also auch der Kommunisten, die dann durch ihre Stimmenthaltung bei der Vertrauensabstimmung entscheidend dazu beitrugen, dass der DC-Politiker Andreotti sein Minderheitskabinett bilden konnte.

Mit der Transformation der KPI in eine *linke Volkspartei* sowie mit ihrer zunehmenden Einbeziehung in die Regierungsverantwortung wachsen für die Partei aber auch die Probleme. Denn zum einen muss sie in immer stärkerem Masse unterschiedliche Interessen integrieren, und das in einem Moment, in dem sie nicht mehr aus der Opposition heraus Forderungen stellen, sondern aus der Mitverantwortung heraus Entscheidungen treffen und mittragen muss. Zum anderen ist zu bedenken, dass die KPI als Partei der Gesellschaftsänderung angetreten ist. Sie riskiert eine tiefe Entfremdung zu ihrer Basis im politischen und sozialen Bereich und damit langfristig den Verlust ihrer politischen Identität und Stosskraft, wenn sie die notwendigen Austerity-Massnahmen mitträgt, ohne gleichzeitig die Inangriffnahme tiefgreifender Strukturreformen und die Einführung weiterer «Elemente des Sozialismus» (Berlinguer) in die Gesellschaftsstrukturen durchsetzen zu können. Dieser Zusammenhang spiegelt sich vielleicht am deutlichsten in dem kritischer gewordenen Verhältnis der Gewerkschaften (einschliesslich der CGIL, des KPI-nahen und grössten italienischen Gewerkschaftsverbandes) zu den Kommunisten wider. Doch auch unter den Studenten, die sich der Partei in den Jahren 1968ff. immerhin doch in kritischer Solidarität verbunden fühlten, zeigt sich eine wachsende Enttäuschung über die KPI: Die Kommunisten haben die Kontrolle über weite Teile der Studentenbewegung verloren.

Die Probleme der *KPF* liegen – zumindest vorerst noch – auf einer anderen Ebene. Zwar hat sie gute Chancen, nach über 30 Jahren Opposition 1978 wieder Regierungsgeschäfte zu übernehmen; legt man den Aus-

gang der Kantonalwahlen vom März 1976 und der Gemeindewahlen vom März 1977 zugrunde – sie weisen auf ein Ergebnis von rund 53 Prozent für die vereinigte Linke –, so kann die Linksunion bei den Wahlen zur Nationalversammlung 1978 eine knappe Mehrheit erringen. Gerade diese Linksunion jedoch war es, die die KPF in eine tiefe Identitätskrise stürzte: Der sozialistische Partner-Konkurrent hat die Kommunisten an den Wahlurnen inzwischen als stärkste Kraft der Opposition klar überholt, wie die Kantonalwahlen vom März 1976 sowie die Gemeindewahlen vom März 1977 unterstrichen haben. Schätzungen zufolge stagniert die KPF gesamtnational gesehen heute bei 20–22 Prozent der Wählerstimmen, während die Sozialisten an die 30-Prozentmarke heranreichen. Die Sozialisten gaben sich mit ihrem Programm eines freiheitlichen Sozialismus ideologisch ein neues Profil und gewannen Mitglieder und Wähler gerade in jenen Bereichen hinzu, in denen die Kommunisten Fuss fassen wollten: Unter den neuen Mittelschichten des Bildungs- und Dienstleistungsbereichs sowie in der an Bedeutung zunehmenden Gruppe derjenigen, die man in Frankreich als «ingénieurs, techniciens et cadres» bezeichnet. Durch Querverbindungen zum CFDT-Gewerkschaftsverband sowie durch Gründung eigener Betriebsgruppen machten die Sozialisten der KPF zunehmend sogar im betrieblich-sozialen Einflussfeld Konkurrenz.

Noch haben die französischen Kommunisten kein wirksames Mittel gefunden, um die eigene Position gegenüber den Sozialisten zu stärken, ohne die Linksunion als Ganzes zu schwächen. Am erfolgreichsten war ihre Offensive wahrscheinlich noch auf organisatorischem Gebiet, denn auch 1976 konnte die KPF wie schon im Jahre zuvor einen realen Mitgliederzuwachs von rund 50 000 verzeichnen und ihre Mitgliederzahl damit auf etwa 550 000 steigern.

Weniger erfolgreich war die KPF im politischen Bereich – nicht zuletzt deshalb, weil ihre häufigen, abrupten Kehrtwendungen auf ideologischem Gebiete und in ihrer Haltung gegenüber den Sozialisten nicht dazu angetan waren, die Glaubwürdigkeit eines Wandels bei der KPF zu unterstreichen. So musste ein erster Ansatz, die Sozialisten als «sozialdemokratisch-reformistische», zur Realisierung einschneidender Strukturänderungen unfähige Strömung der Arbeiterbewegung zu denunzieren, im Herbst 1975 wieder aufgegeben werden, weil sich herausstellte, dass er beim Wähler nicht ankam. In einem zweiten, vom XXII. Parteikongress (Februar 1976) abgesegneten Ansatz verzichteten die Kommunisten weitgehend auf eine Grundsatzkritik an den Sozialisten und legten den Akzent statt dessen auf ihre Treue zu den Prinzipien der politischen Demokratie. Vor allem aber setzten sie auf die Karte des Nationalismus, um die von Giscards Aussenpolitik enttäuschten Gaullisten zu sich herüberzuziehen. Dann könnte

die von den Sozialisten stark beeinflusste Linksunion durch die von der KPF propagierte «Union des Volkes von Frankreich» ersetzt werden, in der die Kommunisten den Kristallisationskern der Opposition bilden und die politische Linie bestimmen.

Der Nationalismus, der das tragende Element der Verbindung der Kommunisten mit dissidierenden Gaullisten wäre, kann zwar in der Opposition eine gemeinsame Basis abgeben; eine tragfähige Grundlage für einschneidende Wirtschafts- und Sozialreformen, wie sie von der Linken vorgesehen sind, wäre er sicher nicht.

In *Spanien* schliesslich liegen die Dinge anders. Hier gingen die Kommunisten auf zwei Wegen vor. Zum einen traten sie 1976 mit ihren Aktivitäten gezielt an das Licht der Öffentlichkeit: Im August tagten die Führungsorgane der Partei in Rom in öffentlicher Sitzung und gaben bei dieser Gelegenheit die Namen ihrer Mitglieder bekannt, im September stellte sich die Madrider Parteiführung der Presse, und am Ende des Jahres starteten die Kommunisten in Spanien eine offene Kampagne zur Werbung neuer Mitglieder.

Zum anderen setzten sie verstärkt ihre Bemühungen zur Schaffung eines breiten Bündnisses sämtlicher antifrankistischer Kräfte bis hin zu Vertretern des Klerus, der Armee und des modernen Kapitalismus fort. Nach erheblichen Schwierigkeiten, die nicht zuletzt in historisch bedingten Vorbehalten der nichtkommunistischen Kräfte gegenüber der KP wurzelten, schlossen sich im März 1976 die kommunistisch kontrollierte «Junta Democrática» und die von den PSOE-Sozialisten geführte «Plataforma de Convergencia Democrática» in einem Aktionsbündnis zur «Coordinación Democrática» zusammen. Parallel dazu gelang es im April 1976 auch auf gewerkschaftlichem Sektor, die «Comisiones Obreras» (KP-nahe), die «Unión General de Trabajadores» (PSOE-nahe) und die «Unión Sindical Obrera» (sozialistisch) in einem «Koordinierungsausschuss gewerkschaftlicher Organisationen» zu vereinen.

Selbst scheinbare Rückschläge wie die vorübergehende Verhaftung der Führungsgruppe um Parteichef Carrillo (Dezember 1976) wirkten sich letztlich positiv für die KP aus, weil die Proteste der gesamten demokratischen Opposition des Landes (und übrigens auch vieler demokratischer Parteien und grosser Teile der Publizistik im Ausland) der Regierung Suarez in ihrem Bemühen den Rücken stärkten, den Widerstand der Ultrarechten gegen die Demokratisierung des Landes und vor allem gegen eine Legalisierung auch der KP zu überwinden. Tatsächlich wurde die KPSp im April 1977 offiziell zugelassen und konnte sich – Carrillo und die im Mai aus Moskau zurückgekehrte Dolores Ibárruri («La Pasionaria») eingeschlossen – am Wahlkampf beteiligen.

3. Neueinschätzung der politischen Demokratie

Was hat es mit dem Schlagwort vom Eurokommunismus auf sich? Bedeutet es, dass die drei grossen kommunistischen Parteien Westeuropas auf dem Wege sind, eine gemeinsame Strategie zu entwerfen, wie im Zusammenhang mit ihrem Madrider Gipfeltreffen vom März 1977 vielfach vermutet wurde? Die Eurokommunisten selbst und besonders die KPF stehen dem neuen Schlagwort zwiespältig gegenüber. Für KPI-Chef Berlinguer ist dieser Begriff Ausdruck für das Bestreben, «in den Ländern Westeuropas Lösungen neuen Typs bei der Umwandlung der Gesellschaft im sozialistischen Sinn durchzusetzen und voranzutreiben». Berlinguer zufolge drückt sich darin die Tatsache aus, dass einige kommunistische Parteien Westeuropas «mittels eigenständiger Untersuchungen zu analogen Ausarbeitungen in bezug auf den Weg zum Sozialismus und den Charakter der in ihren Ländern zu errichtenden sozialistischen Gesellschaft gelangt sind[2]». Das aber bedeutet, dass die Eurokommunisten mit zunehmender Emanzipation von der KPdSU ihre Politik immer mehr an den Bedingungen und Traditionen des nationalen und westeuropäisch-regionalen Bereichs orientieren, in dem sie verwurzelt sind. Denn wenn es zutrifft, dass der Einfluss Moskaus seit den zwanziger Jahren entscheidend dazu beigetragen hat, die kommunistischen Parteien zu bolschewisieren, so ist es nur logisch, wenn umgekehrt die zunehmende *Lockerung* dieser Beziehungen die ideologischen, politischen und sogar organisatorisch-strukturellen Konzeptionen der Eurokommunisten, das heisst aber ihren traditionellen Charakter überhaupt nicht unberührt und die jeweils *spezifischen Konzeptionen* deutlicher hervortreten lässt. Dabei muss bei der Verwendung des Begriffs Eurokommunismus stark differenziert werden.

Auf der einen Seite signalisiert er die Herausbildung gemeinsamer Züge bei den italienischen, französischen und spanischen Kommunisten. Das gilt vor allem für ihre Neubewertung der politischen Demokratie, worauf Berlinguer, Marchais und Carrillo in ihren Reden in Ost-Berlin und worauf auch das Abschlusskommuniqué von Madrid noch einmal sehr deutlich hinwiesen. Die Bedeutung dieser Neueinschätzung liegt darin, dass die Eurokommunisten den Grundrechten und politischen Freiheiten der bürgerlichen Demokratie jetzt *prinzipiellen* Wert auch für sozialistische Gesellschaften beimessen und sie nicht nur *taktisch-instrumental* als bessere Voraussetzung für den Kampf um den Sozialismus bewerten, wie es die Kommunisten seit dem VII. Komintern-Kongress von 1935 getan hatten.

Als politischer Ausdruck dieser Neubesinnung ist zu bewerten, dass die Sozialistische Internationale auf ihrem Genfer Kongress vom November 1976 erstmals ernsthaft die Möglichkeit eines Wandels der Eurokom-

munisten diskutierte. Nach seiner Wahl zum neuen Präsidenten nannte Willy Brandt den Eurokommunismus ein «vages und zwiespältiges Phänomen», das noch keine eindeutige Antwort darauf erlaube, ob es sich um eine Taktik zur Eroberung der Macht oder um einen wirklichen Neuansatz handele. Dennoch müsse man auch zur Kenntnis nehmen, dass «einige von ihnen gewillt scheinen, sich dem Wagnis der Demokratie auszusetzen[3]». Hier zeichnete sich im vergangenen Jahr die langfristige Möglichkeit ab, dass die Eurokommunisten bei einer konsequenten Fortsetzung ihres Wandels über die lateineuropäisch-nationale Ebene hinaus auch im transnationalen Rahmen mit den Sozialisten ins Gespräch kommen (zum Beispiel im Rahmen des 1978 direkt zu wählenden Europäischen Parlaments).

4. Aussenpolitische Differenzierungen

So sehr die Konzeptionen der Parteien des Eurokommunismus in zentralen Fragen konvergieren (so bei der Neueinschätzung der politischen Demokratie), so deutlich bewegen sie sich auf anderen Feldern voneinander fort (zum Beispiel in der Europa- und Sicherheitspolitik), so dass die Differenzen hier bisweilen kaum weniger ausgeprägt sind als etwa innerhalb der Sozialistischen Internationale. Diese Differenzen sind ein weiteres Indiz für die wachsende *Lösung* dieser Parteien aus der Moskauer Abhängigkeit; sie signalisieren ihre immer tiefere Verwurzlung im nationalen Raum – eine Verwurzlung, die sich in einem immer engeren *Wechselverhältnis* zwischen der traditionellen Politik des Landes und der Politik der jeweiligen kommunistischen Partei ausdrückt.

Im Hinblick auf die EG beispielsweise wurde die Konzeption der KPI zunehmend von der proeuropäischen Haltung des Landes beeinflusst; jedenfalls verstärkte sich bei ihr und zunehmend auch bei den spanischen Kommunisten die Tendenz, Innen- und Aussenpolitik in eine sinnvolle Beziehung zu setzen und durch aktives Eintreten für die westeuropäische Integration sowie durch Respektierung der sicherheitspolitischen Bindungen ihres Landes einen möglichst weitgehenden Konsens nicht nur mit den innenpolitischen, sondern auch mit den westlichen Bündnispartnern zu suchen. Die KPF dagegen knüpfte verstärkt an eine relativ breite integrationsfeindliche, nationalistische Grundströmung in Frankreich an – eine Linie, die letztlich darauf hinausläuft, das Land von seiner internationalen Umwelt zu isolieren. Bis jetzt jedenfalls taten die französischen Kommunisten alles, um Amerikaner, Europäer, Bundesdeutsche (und sogar Moskau) *gleichzeitig* zu brüskieren: eine denkbar schlechte Ausgangsposition für eine Regierung der Linksunion.

Was die *Europäische Gemeinschaft* angeht, so verwies die KPF wieder-

holt auf das Gemeinsame Regierungsprogramm von 1972, das zwar die Unterstützung der wirtschaftlichen, nicht aber auch der politischen Integration vorsieht. Von daher war es nur konsequent, wenn sie sich gegen die für 1978 vorgesehenen Direktwahlen zum Europaparlament aussprach: Mit Recht geht sie davon aus, dass damit zumindest auf längere Sicht ein Verzicht auf Teile der nationalen Souveränität verbunden ist – ein Souveränitätsverzicht, den die KPF aus wahltaktischen und grundsätzlichen Erwägungen entschiedener denn je ablehnt. Von daher kann ihre erstmals im April 1977 ausgesprochene Akzeptierung der Direktwahlen zumindest vorerst nur als ein taktischer, die Verständigung mit den Sozialisten erleichternder Schritt verstanden werden. Hierauf deutet auch die damit verknüpfte Bedingung der Kommunisten, auf keinen Fall die Kompetenzen des Europaparlaments zu erweitern – eine Bedingung, die ein aktives Engagement der KPF für eine verstärkte EG-Integration nicht erwarten lässt.

Die italienischen und spanischen Kommunisten sehen die Dinge genau umgekehrt: Sie sind der Ansicht, dass die Souveränität der Einzelstaaten heute nicht mehr in der Isolation, sondern nur noch in übergreifendem Vorgehen gesichert werden kann. So wiederholte die KPSp 1976 mehrfach ihre Absicht, sich nach einem erfolgreichen Abschluss des Demokratisierungsprozesses für eine Vollmitgliedschaft Spaniens in der EG sowie für eine Beschleunigung des wirtschaftlichen und der politischen Integration einzusetzen. Die KPI schätzte die integrationspolitischen Aspekte des Tindemans-Berichts positiv ein. Nicht zuletzt durch die Entsendung politisch gewichtiger Abgeordneter wie die Vorstandsmitglieder Amendola, Galluzzi und Jotti sowie den auf der KPI-Liste gewählten ehemaligen EG-Kommissar Spinelli nach Strassburg machte sie im Vorfeld der Wahlen zum Europaparlament deutlich, dass die dem europapolitischen Aspekt ihrer Arbeit wachsende Bedeutung beimisst.

Kaum geringer als auf europapolitischem sind die Gegensätze auf *sicherheitspolitischem* Gebiet. Die KPF erklärte sich auf Druck der Sozialisten zwar bereit, den Verbleib Frankreichs in der politischen Organisation der NATO so lange nicht in Frage zu stellen, bis ein paralleler Abbau der Blöcke eingeleitet und ein neues System der Sicherheit in Europa gefunden sei. Im übrigen aber hat sie gerade im vergangenen Jahr ihren Kampf gegen die NATO sowie gegen die faktische Reintegration Frankreichs in die Atlantische Allianz weiter verschärft. Für die KPF sind im Grunde noch immer die *Schwächung* der NATO sowie die damit verbundene *Stärkung* des Warschauer Pakts zwei Grundvoraussetzungen, um den französischen Weg zum Sozialismus beschreiten zu können. Daran vermag auch die jetzt positive Einschätzung der Force de frappe, zu der sich die KPF im Mai 1977 entschloss, nichts Grundsätzliches zu ändern. Denn die französischen Kommunisten

sehen in der Atomstreitmacht nichts anderes als ein geeignetes Instrument, um die nationale Unabhängigkeit und Souveränität ihres Landes zu verteidigen – nicht zuletzt gegen die wirtschaftlich und politisch erstarkende Bundesrepublik Deutschland, wie Politbüromitglied Kanapa und Parteichef Marchais in ihrer Begründung vor dem ZK hervorhoben[4].

Die spanischen und italienischen Kommunisten dagegen gehen sehr stark von einem militärischen Gleichgewichtsdenken aus. In Spanien wenden sich die Kommunisten (wie übrigens auch die Sozialisten) zwar nach wie vor gegen die Einbeziehung ihres Landes in die NATO, stellten die Forderung nach einer Auflösung der amerikanischen Stützpunkte jedoch vorerst zurück. Sicher bedeutet das keine Aufgabe ihres prinzipiellen Programms einer strikten bündnispolitischen Neutralität des Landes; Parteichef Carrillo liess keinen Zweifel an der Ansicht der Kommunisten, dass «die USA Spanien eines Tages verlassen sollten». Gleichzeitig stellte er jedoch klar, dass dies nicht *Voraussetzung*, sondern nur *Ergebnis* der Entspannung und einer parallelen Auflösung von Truppenverbänden auf fremdem Territorium sein werde, also beispielsweise nur dann ins Auge gefasst werden könne, wenn «sich die Sowjets aus der Tschechoslowakei zurückziehen[5]».

KPI-Chef Berlinguer bezeichnete 1976 das westliche Verteidigungsbündnis als einen Schild, der den nötigen Schutz bietet, um einen Sozialismus in Freiheit aufzubauen[6]. Diese Neueinschätzung scheint in der Parteiführung noch nicht ausdiskutiert zu sein, denn sie ist seither so deutlich nicht wiederholt worden. Gleichwohl signalisiert sie, dass die KPI die Atlantische Allianz jetzt nicht mehr wie zuvor nur als notwendiges Übel akzeptiert, um regierungsfähig zu werden und um durch die Wahrung des militärpolitischen Gleichgewichts nicht die Politik der Entspannung zu stören, an deren Fortsetzung sie vital interessiert ist. Vielmehr sieht sie die NATO und ihren Verteidigungsauftrag jetzt in einem positiveren Licht, und zwar vor allem aus zwei Gründen. Der eine Grund, den sie öffentlich nicht nennt, besteht darin, dass sie befürchtet, eine durch Reduzierung des italienischen Verteidigungsbeitrags bewirkte Schwächung der NATO werde automatisch auch die Position *Jugoslawiens* gegenüber der Sowjetunion unterminieren. Die Aufrechterhaltung der Blockfreiheit Jugoslawiens aber spielt in der gesamten Strategie der KPI eine zentrale Rolle. Nicht zufällig waren es daher neben den jugoslawischen gerade die italienischen Kommunisten, die sich entschieden dagegen wehrten, in die Abschlusserklärung der Berliner Kommunistenkonferenz eine gegen die NATO gerichtete Formel aufzunehmen (während die KPF bezeichnenderweise erhebliche Anstrengungen unternahm, um eine solche Formel in dem Abschlussdokument zu verankern).

Der andere Grund, den die KPI jetzt erstmals offen aussprach – die NATO als potentieller Schutzschild des eigenen Weges zum Sozialismus –,

ist im Grunde noch dramatischer. Denn er bekundet, dass die KPI inzwischen auch hinsichtlich ihrer internationalen Einordnung die Konsequenzen aus ihrer Überzeugung zu ziehen beginnt, dass die Gegensätze zwischen ihrem eigenen und dem sowjetischen Sozialismusmodell *prinzipieller* Natur sind. Diese Konsequenzen laufen nicht nur darauf hinaus, dass die KPI-Führung faktisch die traditionelle Zwei-Lager-These und die damit verbundene Vorstellung überwindet, letztlich immer die Politik der sowjetisch geführten sozialistischen Gemeinschaft unterstützen zu müssen. Sie schliesst darüber hinaus den Gedanken ein, dass der Warschauer Pakt eine potentielle Gefahr für die Realisierung des eigenen Sonderweges bildet. Nicht zufällig stellte Berlinguer die neue NATO-Linie der KPI in einen engen Zusammenhang mit der Unterdrückung des Prager Reformkommunismus.

Angesichts dieser unterschiedlichen Positionen lässt sich nur schwer vorhersagen, welche Auswirkungen auf die westlichen Bündnisstrukturen sowie auf das Verhältnis Europas zu den USA eine Beteiligung der französischen und der italienischen Kommunisten an der Regierung hätte (für die KPSp ist eine solche Perspektive vorerst ohnehin auszuschliessen). Was Frankreich angeht, so wird viel von dem Kräfteverhältnis zwischen Sozialisten und Kommunisten abhängen. Aller Voraussicht nach werden die Sozialisten stärker als die Kommunisten aus den Wahlen hervorgehen, und dann wird der KP kaum etwas anderes übrigbleiben als sich bei einer Regierungsbildung der Linken in den kontroversen Punkten (also vor allem in der Europa-, aber auch in der Sicherheitspolitik) wenn auch als bremsende Kraft im wesentlichen den Konzeptionen der sozialistischen Partei anzuschliessen, wie sie es ja im Zuge der Ausarbeitung des Gemeinsamen Regierungsprogramms bereits einmal getan hatte. Das aber bedeutet, dass ein links regiertes Frankreich zumindest kurz- und mittelfristig keine entscheidenden Änderungen auf europa- und sicherheitspolitischem Gebiet vornehmen wird. Auch die Kommunisten wissen, dass ein Frankreich der Linksunion angesichts der engen wirtschaftlichen Verflechtungen auf eine gute Zusammenarbeit mit dem Westen angewiesen ist; nicht von ungefähr streckten sie seit Ende 1976 vorsichtig Fühler in die Bundesrepublik und sogar in die USA aus[7] und führten – über ihren «Aussenminister» Kanapa – im Februar 1977 sogar Gespräche mit autorisierten Vertretern der amerikanischen Botschaft in Paris.

Ähnliches gilt, wenn auch aus anderen Gründen, für Italien. Hier werden die Kommunisten zwar auch nach ihrer Neueinschätzung der NATO keineswegs auf eine kritische Haltung gegenüber US-Positionen verzichten. Vor allem werden sie sich dafür einsetzen, der EG im Rahmen der westlichen Gemeinschaft ein grösseres Eigengewicht zu verschaffen – nicht zuletzt durch den Ausbau von Direktbeziehungen der EG zu den rohstoffprodu-

zierenden Ländern sowie durch eine stärkere Kontrolle der multinationalen Konzerne, deren Muttergesellschaften beispielsweise auf dem Erdölsektor überwiegend in den USA angesiedelt sind. Darüber hinaus wird die KPI voraussichtlich darauf dringen, Status und Operationsfeld der VI. US-Flotte zu klären, die – obwohl nicht in die NATO integriert – in Italien über mehrere Basen verfügt.

Im übrigen aber hat die KPI nicht die Absicht, die westlichen Bündnisstrukturen in Frage zu stellen. Hierauf wies Parteichef Berlinguer in seinen Reden auf dem XXV. Kongress der KPdSU ebenso wie auf der Berliner Kommunistenkonferenz ausdrücklich hin. Im November 1976 schliesslich nahm der Militärexperte der KPI, Vorstandsmitglied Pecchioli, den Eintritt von sechs KPI-Abgeordneten in die Parlamentarische Versammlung der WEU zum Anlass, um noch einmal den Wunsch seiner Partei zu unterstreichen, aktiv zum «Aufbau Europas im Zeichen von Frieden und Demokratie» beizutragen, und zwar im Rahmen der Bündnisse der Gemeinschaft und der von Westeuropa abgeschlossenen Verträge [8]. Nur so ist es auch zu erklären, dass die WEU-Kommission für Allgemeine Angelegenheiten dem KPI-Politiker Segre die Aufgabe übertrug, die Berichterstattung über die «Anwendung der Schlussakte der KSZE» zu übernehmen [9].

Nach Ansicht Segres herrscht heute überhaupt über die grundsätzliche Richtung der italienischen Aussenpolitik «in breitem Masse eine Konvergenz und ein Konsens» zwischen den relevanten politischen Kräften [10].

5. Die Auswirkungen auf Osteuropa und auf die Ost-West-Beziehungen

Nicht geringer als für den Westen sind die mit dem Erstarken und dem Wandel der Eurokommunisten verbundenen Probleme für die Parteiführungen Osteuropas und hier besonders der Sowjetunion. Das unterstrich insbesondere die Berliner Konferenz der kommunistischen Parteien Europas vom Juni 1976.

Im Kern ging es der Sowjetführung dabei vor allem darum, die Kommunisten Europas wieder auf eine gemeinsame, letztlich von der KPdSU bestimmte ideologisch-politische Linie zu verpflichten. Damit verfolgte sie nicht etwa die Absicht, ihre westeuropäischen Bruderparteien für revolutionäre Umwälzungen in Italien, Frankreich und Spanien vorzubereiten – Umwälzungen, die auch für die Sowjetführung selbst nicht ohne Risiken wären und beispielsweise ihre Politik der Entspannung mit dem Westen gefährden würden. Nach seinen Erfahrungen mit Tito, Mao und Dubček ist Moskau darüber hinaus an der Stärkung kommunistischer Parteien, die sich der sowjetischen Kontrolle weitgehend entzogen haben, nicht interessiert (wie

übrigens bereits 1975 die spanischen und Anfang 1977 auch die jugoslawischen Kommunisten öffentlich unterstrichen).

Der eigentliche Zweck der Berliner Konferenz bestand für Moskau – neben einer stärkeren Anbindung der jugoslawischen und rumänischen Parteien an die sowjetisch kontrollierte sozialistische Gemeinschaft – vor allem darin, die ideologischen und politischen Sonderentwicklungen bei den Eurokommunisten einzudämmen und diese auf den Status prosowjetischer Propagandaparteien zurückzuschrauben. Offenbar hat Moskau jetzt aber den Eindruck gewonnen, dass die Eurokommunisten ihre spezifischen Sozialismuskonzeptionen nun nicht mehr als blosse *Taktik* zum Machterwerb, sondern als *langfristige Strategie* zum Aufbau eines demokratischen Sozialismus ansehen. Dazu aber kann Moskau nicht schweigen, denn diese Strategie wirkt, wie sich 1976 in einer Reihe osteuropäischer Länder zeigte, stimulierend auf reformkommunistische Kräfte in den Staaten des «realen Sozialismus» zurück und bildet in Verbindung mit den Auswirkungen von Korb 3 der Schlussakte von Helsinki sowie möglichen weiteren wirtschaftlichen Engpässen in übrigen Ostblockländern eine Gefahr für die Stabilität der dortigen Systeme.

Gerade mit ihrer Absicht einer ideologisch-politischen Disziplinierung der Eurokommunisten ist Moskau in Ost-Berlin jedoch gescheitert. Das lässt sich an einigen zentralen Kontroverspunkten nachweisen[11]. So wollte die KPdSU im Abschlussdokument von Berlin erneut einer jeden kommunistischen Partei die Verteidigung des «proletarischen Internationalismus» zur Pflicht machen. Dahinter stand der Versuch, über das Instrument des «proletarischen Internationalismus» auch weiterhin eine verbindliche gemeinsame Linie festzulegen – eine Linie, die letztlich von Moskau festgelegt würde, da das Land und die Partei der Oktoberrevolution nach sowjetischer Auffassung die Hauptkraft des Fortschritts bilden und «in konzentrierter, verallgemeinerter Form das Wesen und das lebendige Antlitz des reifen Sozialismus» darstellen[12]. Nach heftigen Auseinandersetzungen musste die KPdSU schliesslich nachgeben und der Streichung des umstrittenen Begriffes zustimmen.

Darüber hinaus gelang es der KPdSU nicht, eine Formel durchzusetzen, wonach jegliche Kritik an der Sowjetunion grundsätzlich als antisowjetisch und antikommunistisch zu verurteilen ist. Erstmals musste sie in einem Dokument multilateraler Kommunistenkonferenzen sogar einen Hinweis akzeptieren, wonach die kommunistischen Parteien «nicht alle, die mit ihrer Politik nicht übereinstimmen oder eine kritische Haltung zu ihrer Tätigkeit einnehmen, als Antikommunisten» betrachten. Diese Formel birgt beträchtliche Sprengkraft in sich, weil sie erstmals kollektiv eine Grundsatz-

kritik an Theorie und Praxis des «realen Sozialismus» mit der Sowjetunion an der Spitze sanktioniert.

Was für Moskau an Positivem blieb, war vor allem die Tatsache, dass die Eurokommunisten in Ost-Berlin die Aussenpolitik Moskaus in wesentlichen Punkten unterstützten. Das gilt insbesondere für die Konzeption Moskaus von der Ergänzung der politischen durch eine militärische Entspannung. Im Vorfeld der KSZE-Folgekonferenz von Belgrad (Juni 1977) hat eine solche Unterstützung für die Sowjetführung sicher einen hohen Stellenwert. Doch zeichnen sich auch hier bereits starke Divergenzen zwischen den sowjetischen und den Eurokommunisten ab, die diesen für Moskau positiven Aspekt gerade im Hinblick auf Belgrad relativieren. Denn auf Druck der Eurokommunisten fand nicht der von Moskau vorgezogene Begriff der «Unumkehrbarkeit der Entspannung» Eingang in das Dokument, sondern die Absichtserklärung, die Entspannung «zu einem kontinuierlichen, immer lebensfähigeren und umfassenderen Prozess» zu machen. Diese Fassung entspricht fast wörtlich der auf Betreiben des Westens in die Schlussakte von Helsinki aufgenommenen Formel.

Mit der wachsenden Eigendynamik der divergierenden Entwicklungen ist deutlich geworden, dass der Regionalisierungsprozess im europäischen Kommunismus in eine sowjetisch geführte osteuropäische und eine in zentralen Punkten von den Jugoslawen unterstützte westeuropäische Gruppierung rasch voranschreitet. Ist also in absehbarer Zeit mit einem offenen Bruch zwischen beiden Richtungen zu rechnen? Vorerst spricht vieles gegen eine solche Entwicklung. Die Eurokommunisten werden zwar ihre Kritik an Theorie und Praxis des «realen Sozialismus» künftig eher vertiefen; von sich aus werden sie aber das Band, das sie mit der KPdSU und ihren Gefolgsparteien verbindet, nicht zerreissen. Für sie bleiben das Land und die Partei der Oktoberrevolution Teil ihrer Geschichte und ihrer Identität. Darüber hinaus bietet ihnen eine Politik der aktiven Präsenz im kommunistischen Parteiensystem die Chance, auf die Entwicklung in Osteuropa einzuwirken und hier langfristig vielleicht sogar einiges in Bewegung zu setzen. Delikat könnte es für sie allerdings dann werden, wenn sie *direkte* Regierungsverantwortung übernehmen sollten und sich definitiv entscheiden müssten, wem ihre eigentliche Loyalität gilt. Auch für Tito und Mao stellte sich das Problem ihres Verhältnisses zur Sowjetunion in aller Schärfe erst *nach* der Übernahme der Regierung.

Umgekehrt will auch die Sowjetführung einen offenen Bruch möglichst vermeiden. Denn zum einen benötigt Moskau, das ja im Zeichen einer gesellschaftsändernden Ideologie und nicht einfach einer pragmatischen Grossraumpolitik angetreten ist, mehr vielleicht als jedes andere imperiale Gebilde die ideologische Verbrämung und Absicherung, um seine Vorherr-

schaft vor allem in Osteuropa sowie seine weitergehenden Ambitionen nicht zuletzt in Westeuropa zu legitimieren. All das aber wäre mit einem ideologischen und politischen Bruch im europäischen Kommunismus in Frage gestellt. Zum anderen sind es aussenpolitische Gründe, die das Interesse der Sowjetführung an einer Aufrechterhaltung der Beziehungen zu den Eurokommunisten wachhalten. Denn nach wie vor misst sie der Unterstützung, die die sowjetische Aussenpolitik in zentralen Feldern nach wie vor bei den Eurokommunisten findet, einen hohen Wert bei. Dabei zielt ihr Kalkül vor allem darauf ab, diese Parteien im Ost-West-Verhältnis als Pressure-group zugunsten der staatlichen Interessenpolitik Moskaus einzusetzen und sie in ihrer dynamisch verstandenen und auf eine Erweiterung ihres Einflusses in Westeuropa angelegten Politik der friedlichen Koexistenz und der Entspannung als politische Faktoren zu nutzen.

Hier freilich gewinnt die klassische Dualität der sowjetischen Aussenbeziehungen – die gleichzeitige Pflege der *zwischenparteilichen* und der *zwischenstaatlichen* Beziehungen – für die KPdSU eine neue und zunehmend schwieriger zu beherrschende Dimension, da diese Dualität jetzt auch ihr Verhältnis zu den Parteien selbst betrifft. Einerseits kann die KPdSU nicht umhin, gegen den ideologischen Revisionismus der Eurokommunisten vorzugehen und sie zur Befolgung der allgemeinen Gesetze des Marxismus-Leninismus anzuhalten. Andererseits aber sind diese Parteien auf nationaler Ebene teilweise bereits so stark, dass sie von der Sowjetführung als ernsthafte Bestimmungsfaktoren der *zwischenstaatlichen* Beziehungen in Rechnung gestellt werden und entsprechend pfleglich behandelt werden müssen. Ein Bruch mit ihnen würde heute in Italien und möglicherweise morgen in Frankreich auch die staatlichen Beziehungen der Sowjetunion zu diesen Ländern in Mitleidenschaft ziehen.

So war die Reaktion der Sowjetführung auf die neuen Herausforderungen typisch für ihr Verhalten in komplizierten Situationen: Sie schieben prinzipielle Entscheidungen so lange wie möglich vor sich her und suchen auf mehreren Ebenen zu operieren und sich alle Optionen offenzuhalten. Unvermeidbare Zugeständnisse machten sie erst im letzten Augenblick; anschliessend suchten sie sie durch blockinterne Uminterpretationen der Konferenzergebnisse wieder zurückzunehmen (ein Vorgehen, das bemerkenswerte Parallelen zur sowjetischen KSZE-Verhandlungsführung aufweist).

Sollte die KPdSU eines Tages feststellen, dass die Konzeptionen und Aktivitäten der Eurokommunisten ihrem Interesse auf die Dauer eher schaden als nützen, so ist allerdings mit dramatischen Entwicklungen im Verhältnis zwischen den sowjetisch kontrollierten osteuropäischen Kommunisten auf der einen und den Eurokommunisten auf der anderen Seite zu rechnen.

All das heisst keineswegs, dass sich damit automatisch auch die Ost-West-Beziehungen verschlechtern müssen. Im Gegenteil: Beide Seiten sind jenseits der ideologischen Auseinandersetzungen und internen Wandlungsprozesse an der Aufrechterhaltung der Politik der Entspannung und Zusammenarbeit interessiert. Sowohl die UdSSR als auch die USA scheinen ein gewisses Verständnis für den Wunsch der jeweils anderen Führungsmacht zu haben, die Entwicklungen im eigenen Machtbereich unter Kontrolle zu halten.

Eine Änderung dieser Situation ist in drei Fällen nicht ganz auszuschliessen. Zum einen dann, wenn eine kommunistische Partei in Westeuropa zur dominierenden Kraft in der Regierung wird, die traditionelle «Philosophie» der westeuropäischen Integration in ihr Gegenteil verkehrt und der sowjetischen Machtpolitik verstärkt Einflusschancen einräumt. Dies würde sich negativ auf die West-Ost-Beziehungen in Europa allgemein auswirken. Zum anderen dann, wenn die eurokommunistischen Konzeptionen so stark nach Osteuropa ausstrahlen würden, dass die Sowjetunion Schwierigkeiten hätte, die Kontrolle über ihr osteuropäisches Vorfeld zu bewahren. Dies würde Moskau seinerseits veranlassen, die Ost-West-Beziehungen einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Drittens, wenn Jugoslawien in den Einflussbereich des Warschauer Pakts fallen sollte. In diesem Falle ist nicht nur mit einer Störung des Ost-West-Verhältnisses, sondern auch mit einem verstärkten Druck der KPdSU auf die Parteien des Eurokommunismus zu rechnen, die gerade in Belgrad eine starke Stütze für ihren Unabhängigkeitskurs finden.

6. Perspektiven 1977

Fasst man die Perspektiven ins Auge, die eine Regierungsbeteiligung der Eurokommunisten aufwirft, so zeigt sich deutlicher als je zuvor, dass sie nicht unproblematisch ist. Zunächst gilt das für die kommunistischen Parteien selbst, die einer inneren Zerreissprobe unterworfen werden. Es wurde eingangs darauf verwiesen, dass die *KPF* Schwierigkeiten hat, ihre neue Linie zu finden; bei ihr scheint der «point of no return» noch nicht erreicht. So günstig gegenwärtig die Chancen für die Linksunion stehen, die für 1978 vorgesehenen Wahlen zur Nationalversammlung zu gewinnen, so denkbar ist es, dass sie in der Regierung an ihren inneren Gegensätzen und hier vor allem an der in einer Unsicherheit wurzelnden Intransigenz und Profilsucht der KPF scheitert (wie es beim Volksfrontexperiment von 1936 bereits einmal vorexerziert worden ist). Einen Vorgeschmack darauf lieferten die französischen Kommunisten im Mai 1977, als sie eine völlig unrealistische

Kostenrechnung für die Realisierung des Gemeinsamen Programms bis 1980 aufmachten und dabei auf ein Mehr an Löhnen, Sozialleistungen usw. von 331 Mrd. F. kamen[13]. Diese «makroökonomische Milchmädchenrechnung[14]», die der Selbstprofilierung der KPF als «Tribun» der sozial Schwachen diente, brachte den um wirtschaftspolitische Seriosität bemühten Sozialistenchef Mitterrand in arge Verlegenheit und zwang ihn, sich von den Kommunisten zu distanzieren. Hinzu kommt, dass das Land politisch und sozial praktisch in zwei Hälften gespalten ist und eine Linksregierung mit dem Widerstand der entscheidenden Machtträger des Landes – der Wirtschaft, der Verwaltung, der Armee und dem mit starken Prärogativen ausgestatteten Präsidenten – rechnen muss.

In *Italien* liegen die Dinge für die Kommunisten zwar insofern günstiger, als hier heute ein relativ weitreichender inhaltlicher Konsens der relevanten politischen Kräfte über das Konzept der Krisenbewältigung und über die Richtung der Aussenpolitik einerseits sowie über die Notwendigkeit einer breiten Koalition zur Durchsetzung dieser Politik andererseits gegeben ist. Doch ist zu bedenken, dass die KPI von ihrer Programmatik und ihrer sozialen Basis, das heisst von ihrem Charakter her eine Partei der Gesellschafts*änderung* im Sinne tiefgreifender politischer, wirtschaftlicher und sozialer Strukturreformen ist. Dringt sie als indirekt und später womöglich direkt mitregierende Partei nicht mit ihrer Forderung durch, die Interessen der von ihr vertretenen Arbeitnehmer gebührend zu berücksichtigen und das Sanierungsprogramm mit einem konsequenten Reformprogramm zu verbinden, so könnte das für die KPI einschneidende Konsequenzen haben.

Was schliesslich die *KP Spaniens* angeht, so hat sie gegenwärtig noch stark mit Problemen zu kämpfen, die sich aus ihrem Übergang von einer konspirativ operierenden illegalen *Kaderpartei* zu einer breit verwurzelten und offen den Konsens suchenden *Massenpartei* ergeben. Auch ist noch nicht ganz deutlich, ob die Partei insgesamt den reformkommunistischen Kurs Carrillos unterstützt; auch nach der Abspaltung der stalinistisch orientierten Gruppe um Lister Anfang der siebziger Jahre scheint es in der KP Spaniens noch immer einige Traditionalisten zu geben, die ihre ganze Hoffnung auf die eben erst aus Moskau zurückgekehrte «Pasionaria» setzen. Im übrigen dürften Ernsthaftigkeit und Ausmass der Reformbereitschaft der Regierung Suarez die KP-Führung selbst überrascht haben. Jedenfalls milderte sie im Verlaufe des Jahres 1976 schrittweise ihre ursprünglich intransigente Opposition gegen die Regierung.

Im ganzen scheint es, als würde der Prozess des Wandels bei den Eurokommunisten für den Westen bei allen Problemen langfristig auch Chancen bieten (während der gleiche Prozess für die KPdSU

und ihre Gefolgsparteien eher umgekehrt liegt). Die Probleme, die mitregierende Eurokommunisten für die sicherheits- und integrationspolitischen Strukturen des Westens mit sich bringen, sollen nicht unterschätzt werden. Gleichzeitig sollte man jedoch nicht vergessen, dass die Schwierigkeiten, denen sich NATO und EG gegenübersehen, keineswegs aus dem Erstarken der Eurokommunisten entstanden sind, sondern nicht zuletzt aus wirtschaftlichen und sozialen *Ungleichgewichten* dieser Gesellschaften sowie aus ihrer mehr oder weniger ausgeprägten Unfähigkeit, Staat und Gesellschaft zu reformieren und zu modernisieren. Ein zusammenwachsendes Westeuropa, das zu konsequenten wirtschaftlichen und sozialen Reformen bereit ist, das seine Identität auch gegenüber den USA stärkt und das eine aktive und autonome Rolle im Nord-Süd-Dialog spielt, sollte so stark und selbstbewusst sein, dass es die Parteien des Eurokommunismus mittel- und langfristig in sich aufnimmt. Das jedenfalls ist die Hoffnung von Politikern wie dem christdemokratischen italienischen Ministerpräsidenten Andreotti, wenn er darauf verweist, dass die Kommunisten in Italien dann Regierungsverantwortung übernehmen könnten, wenn sie im Strassburger Europaparlament in eine demokratisch-sozialistische Front integriert werden könnten[15].

[1] Vgl. meine Aufsätze «Westeuropas Kommunisten» in Schweizer Monatshefte, Dezember 1975, und «Eurokommunismus – eine Herausforderung für Ost und West», Deutschland Archiv (Köln), Nr. 12, 1976. – [2] Rede auf der Ost-Berliner Kommunistenkonferenz, abgedruckt in Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas. Dokumente und Reden, (Ost-) Berlin 1976. Dort auch die übrigen Reden und das Abschlussdokument. – [3] Le Monde, 28./29. November 1976. – [4] L'Humanité (Paris), 12. Mai 1977. – [5] Interview mit Time (New York), 28. Juli 1975. – [6] Interview mit Corriere della Sera (Mailand), 15. Juni 1976. – [7] So publizierte Politbüromitglied Kanapa einen Artikel in Foreign Affairs (New York), Januar 1977. – [8] L'Unità (Rom), 1. Dezember 1976. – [9] Der Bericht liegt inzwischen vor: Segre, Die Anwendung der Schlussakte der KSZE, hg. von der Westeuropäischen Union (maschinenschriftlich), Paris, 21. April 1977. Der Bericht wurde mit 16 gegen eine Stimme bei einer Enthaltung gebilligt. – [10] Rede vor dem aussenpolitischen Kammerausschuss, L'Unità, 6. Oktober 1976. – [11] Vgl. dazu meine Analyse der Ost-Berliner Kommunistenkonferenz in Europa-Archiv (Bonn), Nr. 19, 1976. – [12] Boris Ponomarjow, Probleme des Friedens und des Sozialismus (Prag), Nr. 5, 1976. – [13] L'Humanité, 10. Mai 1977. Gemeint sind Neue Francs. – [14] Neue Zürcher Zeitung, 12. Mai 1977. – [15] Interview mit Le Monde (Paris), 2. März 1977.